

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Überzeugender Bundeshaushalt

Das Kabinett hat in dieser Woche einen Entwurf für den Bundeshaushalt 2014 beschlossen. Die vorgesehene Nettoneuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro ist die niedrigste seit 40 Jahren. Darin sind die Zahlungen der letzten Tranche in den Europäischen Rettungsschirm ESM in Höhe von 4,3 Milliarden Euro und der Einstieg in die Umsetzung der Maßnahmen, die nach dem Koalitionsvertrag Priorität haben, bereits enthalten. Strukturell erreicht der Bund ab dem Jahr 2014 sogar kleine Überschüsse.

Ab dem Jahr 2015 plant die Bundesregierung erstmals seit 1969 ohne neue Schulden auszukommen. Diese historische Zeitenwende in der Haushaltspolitik des Bundes ist nicht vom Himmel gefallen. Die unionsgeführte Koalition hat sie sich in den letzten Jahren mit ihrer wachstumsfreundlichen Konsolidierung erarbeitet. Die erfolgreiche Politik setzen wir fort mit zusätzlichen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, den Städtebau, Bildung und Forschung, die Entwicklungszusammenarbeit und der Entlastung von Ländern und Kommunen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für weiteres Wachstum und Beschäftigung und für Vertrauen bei den Investoren.

Der Vorwurf der Opposition, die Koalition plane den Griff in die Sozialkassen, ist unangemessen. Es geht nicht um einen Griff in die Sozialkassen, die Beitragszahler werden dadurch nicht zusätzlich belastet. Es macht keinen Sinn, dass der Bund Milliardenbeträge an Steuermitteln an den Gesundheitsfonds überweist, damit dieser große Reserven bildet, und der Bund stattdessen dafür Schulden aufnehmen muss.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

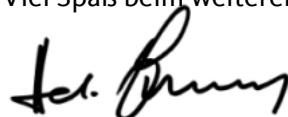


Mit großer Sorge blicken wir auf die Geschehnisse in der Ukraine. Durch die revolutionären Umbrüche ist die bisherige Regierung verdrängt, die neue aber ist noch nicht überall im Land handlungsfähig. Umso bitterer ist es, dass Russland als übermächtiger Nachbar der Ukraine diese Situation ausnutzt und – wie völlig aus der Zeit gefallen – territoriale Geländegewinne anstrebt, indem es völkerrechtswidrig die Krim besetzt und von der Ukraine abzuspalten versucht. Verhaltensmuster wie vor 100 Jahren, als sich die Staaten Europas aus machtpolitischem Kalkül und rein nationalen Interessen in einen Krieg hineinziehen ließen, der unseren Kontinent an den Abgrund geführt hat, sind der falsche Weg. Die Zukunft unseres Kontinents muss auf anderen Pfeilern ruhen: Frieden, Souveränität, Verständigung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Freiheit.

Deswegen werden wir alles tun, damit die Situation auf der Krim und der Ukraine als Ganzes auf politischen Wegen einer guten Lösung zugeführt wird. Wir werden dabei besonnen vorgehen und weder den Menschen in der Ukraine unerfüllbare Versprechungen machen noch unsere eigenen Möglichkeiten überschätzen. Ebenso klar ist aber auch: Wir werden alles tun, um die Lage der Menschen in der Ukraine zu verbessern. Sie haben sich mutig und entschieden für einen proeuropäischen Kurs ihres Landes eingesetzt. Dies zeigt auch die Attraktivität unseres europäischen Modells und unserer westlichen Werte. Die milliardenschweren Hilfszusagen der Europäischen Union sind ein richtiges und ermutigendes Zeichen.

Seit Jahrzehnten schon kann sich kein Westeuropäer mehr an die Zustände erinnern, die unseren Kontinent so lange geprägt haben: Unüberwindbare Grenzen und unterdrückte nationale Minderheiten, Misstrauen und Vorurteile, ja Gewalt. Wir sollten uns freuen, dass diese Welt für unsere Nachbarn jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs so attraktiv war und ist, dass sie Europa gemeinsam mit uns gestalten wollen. Dass Kriege im Europa der 28 nicht mehr denkbar sind, ist kein Geschenk des Himmels, sondern Folge einer aktiven und umsichtigen Europapolitik. Für eine solche Politik – in der Tradition der großen Kanzler Adenauer und Kohl – stehen die Bundesregierung unter Angela Merkel und unsere CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

**Mitglied des Deutschen Bundestages
für die StädteRegion Aachen**

Länderinitiative zur doppelten Staatsbürgerschaft ist kontraproduktiv

Die drei rot-grün regierten Länder Schleswig Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg arbeiten derzeit an einer Bundesratsinitiative zur doppelten Staatsangehörigkeit. Dazu erklärt meine Kollegin und Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Cemile Giousouf:

„Über 90 Prozent der von der Optionspflicht betroffenen jungen Menschen erfüllen im Jahr 2014 die Kriterien, die der Gesetzentwurf der Großen Koalition zur Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts vorsieht: Sie sind in Deutschland geboren, aufgewachsen und/oder haben einen Schulabschluss in Deutschland erworben.

Die Zahl der Betroffenen, die nach heutigem Stand kein Recht auf die Beibehaltung beider Pässe hätten, ist gering. Den Meldungen an das Bundesverwaltungsamt im Jahr 2013 ist zu entnehmen, dass in absoluten Zahlen nur 140 von insgesamt 4.734 jungen Menschen, die sich 2013 zwischen der deutschen oder einer anderen Staatsangehörigkeit entscheiden mussten, im Ausland gemeldet sind. Derzeit sind nicht die aufgestellten Kriterien für die jungen Betroffenen ein Hindernis, sondern die Tatsache, dass eine verbindliche und bundesweite Regelung auf sich warten lässt. Deshalb ist die zügige Gesetzesinitiative von Bundesinnenminister Thomas de Maizière zu begrüßen. Darüber hinaus hat er eine unbürokratische Handhabung bei der Umsetzung des Gesetzes zugesagt.

Die drei rot-grün regierten Bundesländer sollten sich gut überlegen, ob sie vor dem Hintergrund dieser positiven Ausgangssituation tatsächlich einen Koalitionsstreit vom Zaun brechen wollen. In einem föderalen Staat stehen den Ländern eigene Initiativen selbstverständlich zu. Vor dem Hintergrund, dass diese Initiative dem kürzlich im Koalitionsvertrag vereinbarten Kompromiss widerspricht und kaum Erfolgchancen hat, drängt sich der Verdacht auf, dass hier mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen wahlkampfaktische Gründe in den einzelnen Bundesländern im Vordergrund stehen.

SPD und Grüne versuchen, über die Länder Migrantenstimmen zu fischen. Das ist schlechter Stil. Durch diese Debatte wird ein gesellschaftspolitisch wichtiger Kompromiss zur doppelten Staatsbürgerschaft wieder zum Streitthema. Im Interesse derjenigen, die zurzeit der Optionspflicht unterliegen, müssen wir die Koalitionsvereinbarung zügig umsetzen.“

Dreigliedriges Schulsystem ist durchlässig

Aus einer aktuellen Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit in Bonn geht hervor, dass die Trennung von Schülern im dreigliedrigen Schulsystem keinerlei langfristige Nachteile schafft. Die Untersuchung betrachtet die Geburtenjahrgänge 1961 bis 1976 und nimmt Schüler in den Blick, die von ihren Voraussetzungen her an der Schwelle zwischen zwei Schulformen lagen. Das Ergebnis: Es ergab sich kein Unterschied bei den durchschnittlich erreichten Bildungsabschlüssen, der Beschäftigungsquote und dem erzielten Erwerbseinkommen, egal ob die Schüler ab der 5. Klasse auf die jeweils niedrigere oder höhere Schulart gingen.

Als Grund nennen die Autoren hohe Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems. So können Realschüler, deren Leistungspotenzial zum Zeitpunkt der Schulwahl unterschätzt wurde, beispielsweise nach der neunten Klasse aufs Gymnasium wechseln – und umgekehrt. Zwar bleibt unbestritten, dass Gymnasiasten insgesamt die besten Jobaussichten haben – dies ist jedoch lediglich eine Folge der Trennung nach Fähigkeiten und Leistungen zur bestmöglichen Förderung. Leistungsstarke Real- und Hauptschüler sind dadurch nicht am Aufstieg gehindert.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 5 05/14
14. März 2014

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472
Fax: 030 / 227-76471
E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830
Fax: 02404/673445
E-Mail: helmut.brandt@wk.bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de